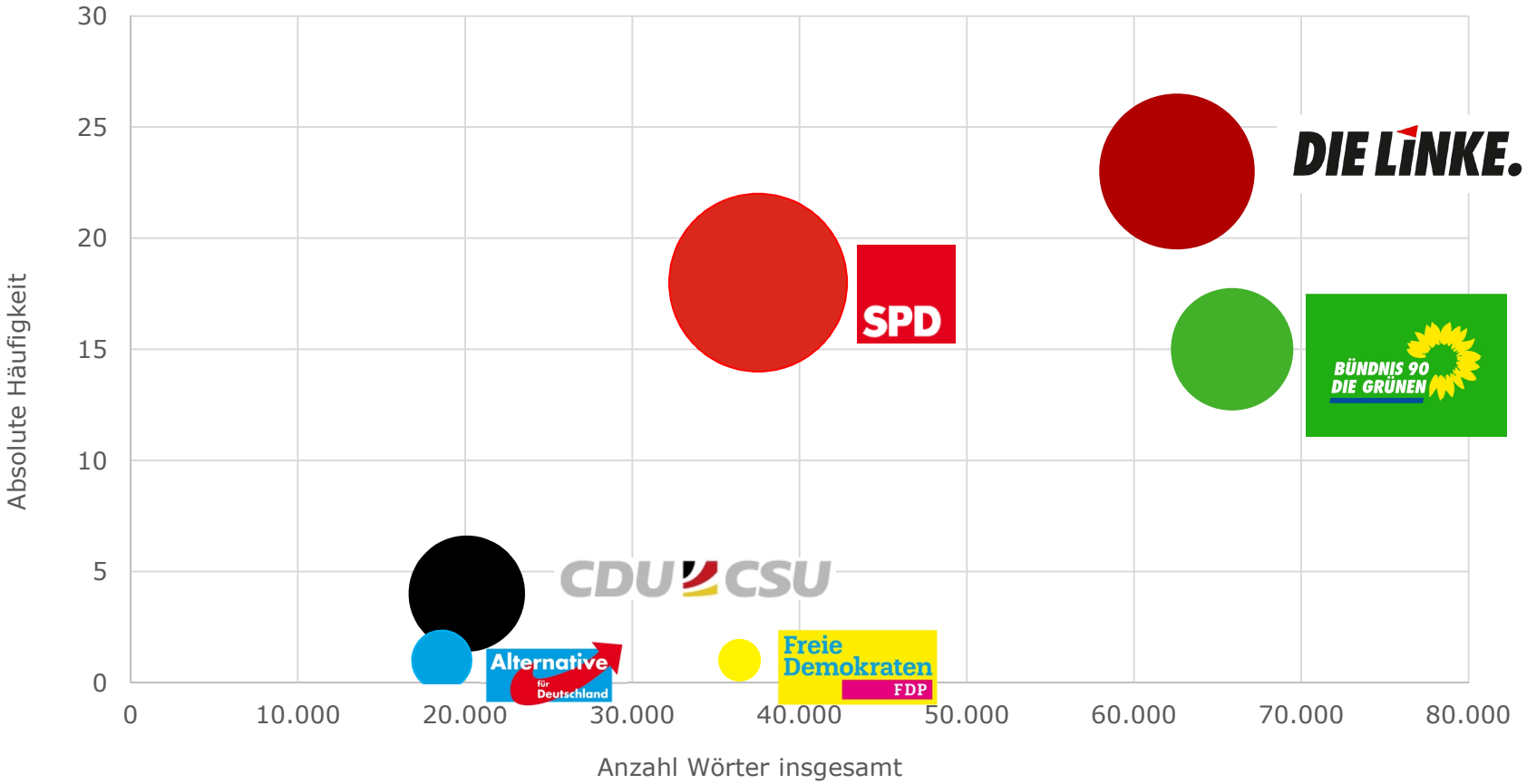
Deloitte.

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen

Dietmar Gegusch, LL.M. Dipl.-Vw., German National Office Tax Services
Luise Rahlf, StB., German National Office Tax Services & Capital Markets Group

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen

Begriffe zum Thema Steuergestaltung und Steuerbetrug in den Wahlprogrammen



Gesucht wurde nach den Begriffen „Steuerhinterziehung", „Steuervermeidung", „Steuerschlupflöcher", „Steuerflucht", „Steueroase", „Steuergestaltung", „Steuerbetrug", „Steuertrick" und „Steuerplanung".

(Hinweis: die Größe der Bubbles entspricht dem Verhältnis der absoluten Häufigkeit zu der Anzahl an Wörter insgesamt)

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Allgemeine Änderungen

CDU/CSU	• **Keine Steuererhöhungen** über die Legislaturperiode • **Kein Anstieg der Steuerquote**
SPD	• Steuer- und Finanzpolitik: **Vorfahrt für Investitionen**
FDP	• Von Wachstums- und Wohlstandsgewinnen darf nicht allein der Staat profitieren → die **übermäßige Umverteilung** von Privat zu Staat soll **beendet** werden
Die Linke	• Gezielte, am Gemeinwohl und dem Bedarf der Bevölkerung orientierte **Investitionen** in den sozialen und ökologischen Umbau von Produktion und Dienstleistungen – unterstützt durch Steuerreform
Die Grünen	• **Stärkere Begünstigung** von ökologisch nachhaltigeren Produktionsprozessen, Erzeugnissen und Dienstleistungen durch eine ökologische Steuerreform
AfD	• Die **Obergrenze** sollte maximal der heutigen Abgabenquote entsprechen und mittelfristig **40 Prozent** des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Einkommensteuer und Lohnsteuer (1/4)

CDU/CSU	**Einkommensteuer:** • **Änderung des Einkommensteuertarifs** mit den folgenden Eckwerten (Einzelveranlagung) – 42 % ab 60.000 Euro – 45 % ab 232.000 Euro – Abflachung des „Mittelstandsbauches" **Lohnsteuer:** • **Ausweitung der Steuerbefreiung** für Zuschüsse der AG für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschule
SPD	**Einkommensteuer:** • **Änderung des Einkommensteuertarifs** mit den folgenden Eckwerten (Einzelveranlagung) – 42 % ab 60.000 Euro – lineare-progressive Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 % ab 76.200 Euro – zusätzliche Reichensteuer vom 48 % gilt ab 250.000 Euro • Jährliche **Überprüfung einer Anhebung des Grundfreibetrags** über die Existenzminimumsanpassung hinaus • Anpassung der **pauschalen Steuerbefreiung** für Menschen mit Behinderung

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Einkommensteuer und Lohnsteuer (2/4)

FDP

Einkommensteuer:

- **Änderung des Einkommensteuertarifs**
  - Verschiebung des Steuersatzes „nach rechts", sodass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höheren Einkommen steigt
  - Abflachung des „Mittelstandsbauches"
  - Tarif auf Rädern gegen kalte Progression
- **Steuerliche Aspekte der Studiumsförderung**
  - Zuschuss an die Studenten i.H.v. 500 Euro sowie ein Darlehensangebot → Refinanzierung des Zuschusses über die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Schülern, Azubis und Studierenden.
  - Hochschulen dürfen nachgelagerte Studienbeiträge erheben, gezahlte Studienbeiträge sind bei der Einkommensteuer als Werbungskosten anzuerkennen
- Steuerliche Berücksichtigung von **Leistungen im Haushalt** (insbesondere Pflege und Betreuungsleistungen) → **Steuerermäßigung** von 50 % statt 20 % soll für angefallene Kosten als Abzug von der Steuerschuld geltend gemacht werden können
- Weitergehende **steuerliche Absetzbarkeit** von gesetzlichen Unterhaltsleistungen

Lohnsteuer:

- Umwandlung der über ein Langzeitkonto angesammelten Überstunden, Boni, Resturlaub und Sonderzahlungen in ein Wertguthaben. Auch über eine **steuerfreie Entgeltumwandlung** von Teilen des Gehaltes und Zuschüssen des Arbeitgebers kann man Geld ansparen.
- Erhöhung der Pauschbeträge für AN
- **Abschaffung der Steuerklasse V**

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Einkommensteuer und Lohnsteuer (3/4)

Die Linke

Einkommensteuer:

- **Änderung des Einkommensteuertarifs** mit den folgenden Eckwerten (Einzelveranlagung)
  - Anhebung des Grundfreibetrages auf 12.600 Euro im Jahr (monatlich 1.050 Euro)
  - 53 % ab 70.000 Euro
  - 60 % ab 260.000 Euro
  - 75 % ab über 1.000.000 Euro
  - Abflachung des Steuerverlaufes
- **Steuerfreibeträge** für Abfindungen bei Entlassungen
- **Abschaffung der Steuerfreistellung** von Gewinnen aus Immobilienverkäufen nach Ablauf einer Frist von zehn Jahren
- Deutlich **stärkere Besteuerung** von Gewinnen aus Spekulationen und Immobilienverkäufen
- **Umwandlung der Pendlerpauschale** in eine sozial gerechte Mobilitätszulage

Lohnsteuer:

- Umgestaltung des "steuerlichen Dienstwagenprivilegs" nach ökologischen Kriterien

Die Grünen

Einkommensteuer:

- **Änderung des Einkommensteuertarifs** mit den folgenden Eckwerten (Einzelveranlagung)
  - Erhöhung des Grundfreibetrags
  - Erhöhung des Spitzensteuersatzes oberhalb eines zvE von 100.000 Euro

Lohnsteuer:

- Besteuerung von Dienstwagen künftig an den CO2-Ausstoß koppeln und verbrauchsarme Pkw deutlich besserstellen

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Einkommensteuer und Lohnsteuer (4/4)

AfD	**Einkommensteuer:** • **Änderung des Einkommensteuertarifs** mit den folgenden Eckwerten – Anhebung des Grundfreibetrags auf das pfändungsfreie Einkommen – Ablösung des progressiven Anstiegs der Steuern durch Steuerstufen – Indexierung der Tarife, Freibeträge und Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen • **Steuerfreistellung** der Ansparbeiträge für die Säulen Betriebsrente und private Altersvorsorge verbunden mit einer nachgelagerten Ertragsbesteuerung • Überprüfung, ob die im Zuge der Einführung einer nachgelagerten Rentenbesteuerung vom Bundesverfassungsgericht als unrechtmäßig erkannte Doppelbesteuerung der Renten tatsächlich durch die derzeitige gesetzgeberische Regelung vermieden wird

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Einkommensteuer und Lohnsteuer – Familie & Kinder (1/2)

CDU/CSU	SPD	FDP
• **Anhebung des Kinderfreibetrages** in zwei Schritten an den Grundfreibetrag für Erwachsene • Parallele **Erhöhung des Kindergeldes** um 25 € • Einführung eines **Baukindergeldes**: 1.200 Euro/Kind & Jahr, über 10 Jahre → Beginn für alle Kaufverträge bzw. Baugenehmigungen, die seit dem 01.07.2017 neu abgeschlossen oder erteilt wurden	• Einführung eines **Familientarifs** (max. 20.000 Euro Einkommens-anteil auf anderen Ehepartner übertragbar) mit Kinderbonus in der Einkommensteuer • **Kinderbonus** 150 Euro pro Kind für jedes Elternteil in Form eines Abzugs von der Steuerlast • Wahlmöglichkeit der Beibehaltung des heutigen Ehegattensplittings • **Erweitertes Kindergeld** für einkommensschwache Familien	• **Kindergeld 2.0**: kindesbezogene Leistungen werden zu einem Leistungspaket gebündelt und von einer zentralen Stelle ausbezahlt • **Komponenten Kindergeld 2.0:** einkommensunabhängiger Grundbetrag, einkommens-abhängiges Kinder-Bürgergeld (Flexbetrag), Gutscheine für Leistungen für Bildung und Teilhabe • **Anhebung des Kinderfreibetrages** und steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Einkommensteuer und Lohnsteuer – Familie & Kinder (2/2)

Die Linke

- **Erhöhung des Kindergelds** als Sofortmaßnahme für alle Kinder auf 328 Euro
- Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen **Grundsicherung** i.H.v. zu versteuernden 573 Euro
- Ersatz des Ehegattensplittings durch ein **familienfreundliches Steuermodell**: dabei Übertragbarkeit des nicht ausgeschöpften steuerlichen Existenzminimums zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern

Die Grünen

- Ersatz des Ehegattensplittings durch eine **gezielte Förderung von Familien mit Kindern** auf der Grundlage der individuellen Besteuerung → das neue Recht soll nur für Paare, die nach der Reform heiraten oder sich verpartnern gelten
- Wahlrecht zwischen altem und neuen Recht bereits verheirateter oder verpartnerter Paare
- Verknüpfung der Reform des Ehegattensplittings mit einer Verbesserungen bei den Leistungen für Familien
- Einführung einer **einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung**, die Kindergeld und Kinderfreibeträge ersetzt
- Verknüpfung der neuen **Kindergrundsicherung** i.R.d. Einführung einer Individualbesteuerung mit einem übertragbaren Grundfreibetrag

AfD

- **Baby-Begrüßungsgeld** in Form von Bargeld oder sofortigem Steuernachlass
- Ergänzung des Ehegattensplittings durch ein **sozial gerechtes Familiensplitting:** das Familieneinkommen wird vor der Tarifanwendung auf alle Familienmitglieder verteilt

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer (1/2)

SPD	**Körperschaftsteuer:** • **Steuerliche Absetzbarkeit** von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen **Gewerbesteuer:** • Stabilisierung der GewSt
FDP	**Gewerbesteuer:** • **Ersetzen der GewSt** durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die KSt und auf die zuvor abgesenkte ESt sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der USt • Zwischenzeitliche **Angleichung der gewerbesteuerlichen BMG** an die einkommen- und körperschaftsteuerliche BMG durch Bereinigung um gewinnunabhängige Hinzurechnungen • In den ersten drei Jahren nach Gründung: **Verdopplung des Freibetrages** bei der GewSt, dabei soll der Freibetrag für Kapitalgesellschaften dem für Personengesellschaften entsprechen.
Die Linke	**Körperschaftsteuer:** • **Erhöhung** der KSt auf 25 % • Jahresgehälter über einer halben Million Euro dürfen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein **Gewerbesteuer:** • Umwandlung der GewSt in eine **Gemeindewirtschaftsteuer**: Ausweitung der BMG (Erweiterung um Selbständige und Freiberufler, Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren werden berücksichtigt) • **Erhebung des Freibetrags** auf 30.000€ • Abschaffung der GewSt-Umlage

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer (2/2)

Die Grünen	**Körperschaftsteuer:** • **Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit** von Abfindungen bis eine Million Euro pro Person und von Gehältern bei 500.000 Euro pro Jahr und Person • **Unterbindung** von "Tricksereien" mit Lizenzgebühren und Zinsen **Gewerbesteuer:** • Einnahmen der Kommunen mit der **kommunalen Wirtschaftssteuer** verlässlicher machen • Überprüfung der Anhebung des Gewerbesteuerfreibetrags
AfD	**Körperschaftsteuer:** • Schaffung einer **fairen Unternehmensbesteuerung** • Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
EU / International

CDU/CSU

- **Einführung** einer Finanz-transaktionsteuer
- Annäherung und **Harmonisierung der KSt** zwischen Deutschland und Frankreich wird angestrebt

Die Grünen

- **Einführung** einer Finanz-transaktionsteuer
- Vorschlag zur **gemeinsamen, konsolidierten KSt-Bemes-sungsgrundlage** für EU-weit operierende Unternehmen zur Vereinfachung und zum Ausschlusses der Steuer-vermeidung
- Verbindung der gemeinsamen KSt-BMG mit einem **Mindeststeuersatz für alle in der EU ansässigen** Unternehmen, regelmäßige Überprüfung des Steuersatzes z.B. durch das EU Parlament

SPD

- **Einführung** einer Finanztransaktion-steuer
- Einführung einer **gemeinsamen BMG für die KSt** und von **Mindeststeuer-sätzen** in Europa
- Harmonisierung des Steuervollzugs in Europa

FDP

- **Ablehnung** der Finanztransaktion-steuer
- Außenwirtschafts-politik für den Mittelstand durch **bessere DBA**

Die Linke

- **Einführung** einer Finanztransaktionsteuer (Steuersatz von 0,1 Prozent)
- **Europaweite Mindestsätze** für Unter-nehmenssteuern
- **automatischer Informationsaustausch** der Steuerbehörden als verbindlicher Standard für deutsche Steuerabkommen
- Verpflichtung von transnationalen Konzernen zur **länderweiten Offenlegung** ihrer Kerndaten (Wertschöpfung, Umsätze etc.)
- **Kündigung von DBAs** mit unkooperativen Staaten und Lizenzentzug ihrer Finanzinstitute in Deutschland
- **Quellensteuer von 50 Prozent** auf alle in unkooperativen Staaten abfließenden Zahlungen, auf Dividenden, Zinsen und Lizenzabgaben
- Die Beweislast muss bei den Unternehmen und Vermögenden liegen, eine Anrechnung der Quellensteuer nur bei Offenlegung aller steuerrelevanten Informationen
- **Abschaffung** bestehender **Steuerbefreiungen** für ins Ausland abfließende Kapitalerträge
- **Beseitigung von Steuervorteilen** für in einem Niedrigsteuerland erzielte Kapitalerträge: Die Steu-erdifferenz muss in Deutschland erhoben werden

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Förderung von Forschung und Entwicklung

CDU/CSU	• **Steuerliche Forschungsförderung** um insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen zu unterstützen • **Einführung eines Wahlrecht** zwischen bestehender Projektförderung und steuerlicher Forschungsförderung
SPD	• **Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten** für F&E-Ausgaben
FDP	• **Technologieoffene steuerliche Forschungsförderung**: Unternehmen in Deutschland können einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für F&E als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten.
Die Grünen	• **Steuerliche Förderung der Ausgaben** für F&E für kleine und mittlere Unternehmen. Durch eine Steuergutschrift von 15 Prozent sollen ihre F&E-Ausgaben künftig gefördert werden.
AfD	• **Verbesserung der steuerlichen Bedingungen** für F&E sowie sich daraus ergebende Unternehmensgründungen

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Abschreibungen

CDU/CSU	• Zeitlich begrenzte Einführung der **degressiven AfA** für den Neubau von Mietwohnungen
SPD	• **Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten** für F&E-Ausgaben
FDP	• Einführung einer **degressiven AfA** für bewegliche Wirtschaftsgüter • **Vereinheitlichung** und **Verkürzung** der **Abschreibungsfristen** von höchstens drei Jahren für digitale Anlagegüter • **Anhebung der Grenze** für die **Sofortabschreibung** von GWG • **Erhöhung der linearen Abschreibun**g für Immobilien von 2 auf 3 Prozent
Die Grünen	• **Anhebung der Grenze** für die **Sofortabschreibung** geringwertiger Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro
Die Linke	• Statt Abschreibungsobjekte zu fördern, soll es **Wohnraum für alle** geben

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Abgeltungsteuer / Solidaritätszuschlag

CDU/CSU

Abgeltungsteuer:
- **Ersetzung** der Abgeltungsteuer bei international funktionierendem Informationsaustausch der Finanzbehörden durch die individuelle Besteuerung
- Bei steuerlicher Vorbelastung von Kapitalerträgen soll dies beim Anleger nicht zu Nachteilen führen

Solidaritätszuschlag:
- Beginn der Abschaffung ab 2020 in 11 Schritten von je 0,5 Prozentpunkten
- **Abschaffung** des SolZ bis 2030

SPD

Abgeltungsteuer:
- **Abschaffung** der Abgeltungsteuer

Solidaritätszuschlag:
- Ab 2020 Ausweitung der Freigrenze (damit quasi Abschaffung für kleinere und mittlere Einkommen)
- Spätestens bis 2025 **Abschaffung** für alle
- Geplante Freigrenzen für den ersten Schritt
  - Singles 52.000 Euro zvE
  - Verheiratete 104.000 Euro zvE

FDP

Solidaritätszuschlag:
- **Abschaffung** bis Ende 2019 (Auslaufen Solidarpakt)

Die Linke

Abgeltungsteuer:
- **Abschaffung** der Abgeltungsteuer, stattdessen wird der individuelle ESt-Satz herangezogen
- Beibehaltung der Einschränkungen der Verrechnung von Verlusten aus Kapitalvermögen sowie des Sparerpauschbetrages

Die Grünen

Abgeltungsteuer:
- **Beseitigung** der "ungleichen Besteuerung" von Kapitalerträgen zu allen übrigen Einkünften, indem diese Erträge wieder dem normalen, persönlichen ESt-Satz unterliegen

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Grundsteuer und Grunderwerbsteuer

CDU/CSU	**Grunderwerbsteuer:** • **Befreiung für Familien** von der GrESt bei erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum (Durchschnittswert eines Einfamilienhauses = 180.000 Euro) • Zuständigkeit der Bundesländer bleibt gewahrt
SPD	**Grundsteuer:** • GrSt verfassungsfest **reformieren**
FDP	**Grunderwerbsteuer:** • **Freibetrag bis zu 500.000** Euro für natürliche Personen
Die Linke	**Grunderwerbsteuer:** • **Abschaffung der „Steuerbegünstigung" von ShareDeals**
Die Grünen	**Grundsteuer:** • GrSt **gerechter** machen
AfD	**Grundsteuer:** • **Senkung** der GrSt **Grunderwerbsteuer:** • **Erleichterung des Erwerb** von Wohneigentum durch Familien z.B. Erlass GrESt

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Umsatzsteuer

SPD	• Prinzipiell sollen digitale Kulturgüter auf **dieselbe MwSt-Stufe** gestellt werden wie analoge Kulturgüter
FDP	• Grundsatz der **IST-Besteuerung** statt SOLL-Besteuerung • Sofern nicht gleich umzusetzen, **Anhebung des Umsatz-Schwellwertes** von 500.000 € für den Antrag auf IST-Besteuerung
Die Linke	• **Ermäßigung des USt-Steuersatzes** für arbeitsintensives Handwerk, Produkte für Kinder und Arzneimittel • **Abschaffung der "staatlichen Subvention"** von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und Biokraftstoff • Internationale Flugtickets sollen nicht von der MwSt befreit bleiben. • Halbierung des MwSt-Satz für Bahntickets • einheitliche Kerosinsteuer
Die Grünen	• **Prüfung der Umsetzbarkeit von ökologischen Zielen** bei der MwSt (Empfehlung 2011 vom EU-Parlament und wiederholt vom Umweltbundesamt) • **Reduzierung MwSt** auf Reparaturdienstleistungen • **Vereinfachung bei der USt** mit Blick auf die aufwendigen Verfahren beim Handel innerhalb der EU • Prüfung der Anhebung der Grenzen bei der Kleinunternehmerregelung
AfD	• **Absenkung** der allgemeinen **MwSt** um 7 Prozentpunkte

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Änderungen bei Erbschaftsteuer und Vermögensteuer

CDU/CSU	• **Ablehnung einer Verschlechterung** bei der ErbSt • **Keine Wiedereinführung** der Vermögensteuer
SPD	• **Umfassende ErbSt-Reform**, große Erbschaften sollen höher besteuert werden
FDP	• **Ablehnung einer Wiedereinführung** der VSt und einer **Verschärfung der ErbSt** • Keine Besteuerung von Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerschaften
Die Linke	• **Besteuerung von Vermögen** oberhalb von einer Millionen mit 5 %, betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen freigestellt werden • **Erhöhung der ErbSt** auf hohe Erbschaften • Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt
Die Grünen	• Verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare **VSt für Superreiche** • Bei erneuter Verfassungswidrigkeit der ErbSt Entwicklung eines **einfachen und gerechten ErbSt-Modells**, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt
AfD	• **Abschaffung der ErbSt** • **Gegen** die Reaktivierung der **VSt**

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Verfahren / Bürokratie

CDU/CSU

- Einführung eines **digitalen Bürgerportals** und eines elektronischen Bürgerkontos (inkl. Steuererklärung)
- Beibehaltung "one-in, one-out" Regelung
- **Gemeinsame Erarbeitung verbindlicher Standards** mit den Ländern zur wirksamen Bekämpfung des Steuerbetrugs
- Im Rahmen des Programms „Bürgerfreundliche Verwaltung" **Vereinfachung der Bearbeitung und Abgabe von Steuererklärungen**
- **Vorausgefüllte elektronische Formulare** mit wesentlichen Angaben zu Einkünften, Zahl der Kinder und Höhe der Sozialabgaben

SPD

- Nutzer sollen sich **einfach und sicher mit einer Zugangs-berechtigung** für alle Verwaltungsdienstleistungen identifizieren können.
- Keine Pflicht zur mehrfachen Datenübermittlung
- Den jeweiligen Bearbeitungsstand der Verwaltung sollen Antragsteller **jederzeit nachvollziehen** können.
- Einführung eines **europäischen Transparenzregisters** (Aufführung aller Eigentümer, Begünstigte, verantwortlichen Personen eines Unternehmens)

Die Linke

- Verpflichtung zur Weitergabe von steuerrelevanten Informationen durch Finanzinstitute nach dem Vorbild des US-amerikanischen Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

FDP

- **Vereinfachung** der Steuererklärung
- **Anspruch auf verbindliche Auskünfte** im Steuerrecht
- Anlaufpunkt, zur Abwicklung des "Nötigen" zwischen Bürgern/Unternehmen und Behörden – **am besten online**. (einmalige Erfassung und Synchronisierung vormals unterschiedlicher Anmelde-vorgänge bei unterschiedlichen Stellen; wenn Bürger/Unternehmen Informationen einmal weitergegeben haben, sollen die Behörden in ihrem Auftrag auch für die Weitergabe an weitere relevante Stellen sorgen („Once-Only"-Prinzip))

Die Grünen

- **Offenlegung von Gewinnen und Steuerzahlungen** nach Staaten durch international tätige Unternehmen ab einer gewissen Größe

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Sonderkonzepte

CDU/CSU

- **Verbesserung** der Bedingungen für das Wagniskapital
- Steuerliche **Förderung für Start-ups** zu Wagniskapital
- Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen, sollen die dabei erzielten **Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau** reinvestieren können
- Steuerliche **Förderung der energetischen Gebäudesanierung**

Die Linke

- Zur Förderung des Mietwohnungsmarktes u.a. **steuerliche Vergünstigungen**
- In angespannten Wohnlagen dürfen leerstehende Wohnungen **nicht von der Steuer abgeschrieben** werden
- **Absenkung der Stromsteuer** für private Verbraucher

SPD

- Weiterentwicklung der bisher ergriffenen **Maßnahmen gegen die Manipulation von Registrierkassen**

Die Grünen

- **Abschaffung der Stromsteuer** (Einnahmen werden durch andere Instrumente ersetzt)
- **Wiedereinführung der Brennelementesteuer**
- **Reformierung der Kfz-Steuer inkl. Bonus-Malus-System** für Neuwagen (Mehrzahlung wenn hohe CO2, NOx und Feinstaub-Emissionen)
- **Reformierung des Kirchensteuereinzugs**: Gleichbehandlung und Datenschutz soll gewährleistet sein

FDP

- **Verbesserung** der Bedingungen für das Wagniskapital mit einem **"Venture-Capital-Gesetz",** entscheidende Punkte im steuerrechtlichen Bereich: **Abbau der Substanzbesteuerung** – wie etwa bei den Hinzurechnungsvorschriften in der GewSt, eine **transparente Besteuerung für** Venture Capital-Gesellschaften, eine **faire Besteuerung von Investoren**, die sich von ihrer Beteiligung trennen, ein Ende der (steuerlichen) Diskriminierung von EK gegenüber FK, die steuerliche **Anrechenbarkeit von Investitionen** in Unternehmen, eine **Vereinheitlichung der gesetzlichen Rahmenbedingungen** mindestens innerhalb der EU, keine Einschränkungen bei Verlustvorträgen, die Bilanzierbarkeit von Investitionen in eigene Intellectual Property und die Liberalisierung bei den Kapitalsammelstellen
- **Absenkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestniveau

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Mögliche Themen für einen Koalitionsvertrag

Themen	Mögliche Koalition aufgrund der Aussagen im Koalitionsvertrag	Möglicher Knackpunkt bei Koalitionsverhandlungen
Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern	**SPD, Grüne, Linke**	
GewSt (Stabilisierung, Gemeindewirtschaftssteuer)	**SPD, Grüne, Linke**	
Verbesserte Abschreibungsbedingungen für Mietwohnungsneubau	**CDU/CSU, FDP**	
Anhebung Grenze für Sofortabschreibung GWG	**FDP, Grüne**	
Einführung einer Finanztransaktionsteuer	**CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke**	**FDP lehnt die Einführung ab**
Harmonisierte KSt-Bemessungsgrundlage in der EU	**(CDU/CSU), SPD, Grüne**	
Unternehmensmindeststeuersätze in der EU	**SPD, Grüne, Linke**	
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	**CDU/CSU, SPD, FDP, Linke**	
Tarif Est	**CDU/CSU, FDP | SPD, Grüne, Linke**	
Abschaffung SolZ	**CDU/CSU, SPD, FDP**	
Verschärfungen bei der Besteuerung von Dienstwagen	**Grüne, Linke**	
Abschaffung Abgeltungsteuer (Vorbelastung?)	**CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke**	
Reform des Ehegattensplittings	**SPD, FDP, Grüne, Linke**	
Anhebung Kinderfreibetrag	**CDU/CSU, FDP**	
Freibetrag GrESt (Familien, natürliche Personen)	**CDU/CSU, FDP**	
keine Veränderung bei der Erbschaftsteuer	**CDU/CSU, FDP**	
digitales Bürgerportal	**CDU/CSU, SPD, FDP**	
Verbesserungen für Wagniskapital	**CDU/CSU, FDP**	

Die AfD wird nicht aufgeführt, da nach derzeitigem Stand eine Koalition mit der Partei als völlig unrealistisch anzusehen ist

Steuerrelevante Themen aus den Wahlprogrammen
Mögliche Koalitionen

CDU/CSU

FDP

- Verbesserte Abschreibungs-bedingungen für Mietwoh-nungsneubau
- Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung
- Tarif ESt
- Abschaffung SolZ
- Anhebung Kinderfreibetrag
- Freibetrag GrESt (Familien, natürliche Personen)
- ErbSt
- digitales Bürgerportal
- Verbesserungen für Wagnis-kapital

SPD

Die Grünen

- Begrenzung der Absetzbarkeit von Managergehältern
- GewSt (Stabilisierung, Gemeindewirtschaftssteuer)
- Einführung einer Finanz-transaktionsteuer
- Unternehmensmindest-steuersätze in der EU
- Harmonisierte KSt-Bemes-sungsgrundlage in der EU
- Tarif ESt
- Reform des Ehegattensplittings

CDU/CSU

SPD

- Einführung einer Finanz-transaktionsteuer
- Harmonisierte KSt-Bemes-sungsgrundlage in der EU
- Steuerliche Förderung von F&E
- Tarif ESt
- Abschaffung SolZ
- Abgeltungsteuer (offen die Frage der Vorbelastung)
- digitales Bürgerportal

Kontaktdaten

Dietmar Gegusch

Director
German National Office Tax Services

Düsseldorf
M: dgegusch@deloitte.de
P: +49 211 8772 3826

Luise Rahlf

Manager
German National Office Tax Services & Capital Markets Group

Frankfurt am Main
M: lrahlf@deloitte.de
P: +49 69 75695 7019

Deloitte.

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL"), eine „private company limited by guarantee" (Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach britischem Recht), ihr Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen. DTTL und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sind rechtlich selbstständig und unabhängig. DTTL (auch „Deloitte Global" genannt) erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Mandanten. Eine detailliertere Beschreibung von DTTL und ihren Mitgliedsunternehmen finden Sie auf www.deloitte.com/de/UeberUns.

Deloitte erbringt Dienstleistungen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Risk Advisory, Steuerberatung, Financial Advisory und Consulting für Unternehmen und Institutionen aus allen Wirtschaftszweigen; Rechtsberatung wird in Deutschland von Deloitte Legal erbracht. Mit einem weltweiten Netzwerk von Mitgliedsgesellschaften in mehr als 150 Ländern verbindet Deloitte herausragende Kompetenz mit erstklassigen Leistungen und unterstützt Kunden bei der Lösung ihrer komplexen unternehmerischen Herausforderungen. Making an impact that matters – für mehr als 244.000 Mitarbeiter von Deloitte ist dies gemeinsames Leitbild und individueller Anspruch zugleich.

Diese Präsentation enthält ausschließlich allgemeine Informationen, die nicht geeignet sind, den besonderen Umständen des Einzelfalls gerecht zu werden und ist nicht dazu bestimmt, Grundlage für wirtschaftliche oder sonstige Entscheidungen zu sein. Weder die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch Deloitte Touche Tohmatsu Limited, noch ihre Mitgliedsunternehmen oder deren verbundene Unternehmen (insgesamt das „Deloitte Netzwerk") erbringen mittels dieser Veröffentlichung professionelle Beratungs- oder Dienstleistungen. Keines der Mitgliedsunternehmen des Deloitte Netzwerks ist verantwortlich für Verluste jedweder Art, die irgendjemand im Vertrauen auf diese Veröffentlichung erlitten hat.